

„Arbeit geht vor Rente“.
Invalidenrentenversicherung und berufliche Rehabilitation in der DDR 1949-1989.
Carolin Wiethoff, Universität Potsdam

Forschungsprojekt und Vorgehen

Sozialpolitik in der DDR war geprägt von der „Sorge um den arbeitenden Menschen“¹. Schon vor der Staatsgründung bereitete die SED die Grundlagen für ein neues System der sozialen Sicherung und wandelte den traditionellen Wohlfahrtsstaat in einen „workfare-state“ um. Die Untersuchung geht der Frage nach, wie unter diesen Bedingungen gesetzliche Regelungen für Menschen mit Erwerbsminderungen zustande kamen und an welchen Kriterien sie sich orientierten. Hauptuntersuchungsfelder waren dabei die Leistungen der Sozialversicherung und die Möglichkeiten einer beruflichen Rehabilitation für den betroffenen Personenkreis. Da Sozialpolitik in der DDR stark auf die Betriebe zentriert war, wurde die Untersuchung um die betriebliche Mikroperspektive erweitert und am Beispiel des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) näher untersucht. Um Vergleiche zu erhalten und das Zusammenspiel örtlicher Stellen zu erforschen, wurde zudem der Bezirk Frankfurt (Oder) exemplarisch beleuchtet. Die Untersuchung gesetzlicher Initiativen und deren Umsetzung bot gleichzeitig die Möglichkeit, nach personellen Kontinuitäten, Netzwerken und Gestaltungsspielräumen von Akteuren zu fragen, um hierdurch neue Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie der Herrschaftsapparat der DDR funktionierte.

Ergebnisse

1. Hauptziel der DDR-Sozialpolitik für Menschen mit Erwerbsminderungen war deren (Re)Integration in den Arbeitsprozess.
2. Trotz einiger moderner Ansätze entschied letztlich die Erwerbsfähigkeit über gesellschaftliche Teilhabe und die Partizipation an sozialen Leistungen, die über ein geringes Grundniveau hinausgingen. Invalidenrentner und Pflegebedürftige gehörten damit in der DDR zu den am schlechtesten gestellten Gruppen innerhalb des Systems der sozialen Sicherung.
3. Die Kombinate besaßen im zentral gelenkten System Spielräume bei der Beschäftigungspolitik.
4. Im untersuchten Politikfeld fand kein funktionierendes Ineinandergreifen staatlicher Strukturen statt, vielmehr bestanden handfeste Konflikte zwischen den zuständigen Stellen, die daraus resultierten, dass die politischen Akteure Eigeninteressen verfolgten. Wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen blockierten sich dabei gegenseitig.

1 Grotewohl, Im Mittelpunkt steht der Mensch, S. 191 f., zitiert nach: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR, Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49-1989 (Sondernummer der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 4.